

Waldenburger Anzeiger.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dinstags, Donnerstags und Sonnabends.
Preis vierteljährlich 1 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummern 8 Pf. — Insertionsgebühren pro kleingespaltene Zeile für Abonnenten 7 Pf., für Nichtabonnenten 10 Pf. Bei mehrmaliger Insertion entsprechender Rabatt. — Inseraten-Aufnahme bis Abends 5 Uhr des vorhergehenden Tages. — Reclamen im Redactionstheil pro Zeile 20 Pf. — Geeignete Beiträge sind stets willkommen.

№ 35.

Donnerstag, 19. September

1878.

Abonnements-Einladung.

Der „Waldenburger Anzeiger“ tritt mit dem 1. October in sein zweites Quartal ein, und erlaubt sich, zu diesem Zeitpunkte zu recht zahlreichem neuen Abonnement einzuladen. Der Abonnements-Betrag beträgt für das ganze Vierteljahr mit Abtragsgebühr 1 Mark, beim Selbstabholen 90 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mark 25 Pfennige.

Wie seither, wird der „Waldenburger Anzeiger“ fortgesetzt in der **Politischen Rundschau** in klarer knapper Form die Zeitgeschichte unabhängig von irgend einem Parteistandpunkte schildern, wobei er möglichst die Erkenntniß der tatsächlichen Wahrheit zu erstreben sucht, in der Rubrik **Aus dem Muldenthale** legt er ein besonderes Augenmerk auf Alles, was in unserem Muldenthale sich zuträgt, während die Rubrik **Aus dem Sachsenlande** aus dem Königreiche und den Herzogthümern Meldung bringt; der Leser findet da die Vorfälle und Ereignisse im Sachsenlande in so zusammenfassender und doch übersichtlicher und reichhaltiger Weise geordnet, wie er es bisher noch in keinem anderen Blatte gefunden hat. Unter **Vermischtes** finden alle sonstigen interessanten Fälle des wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Aufnahme. Außerdem bringt der „Waldenburger Anzeiger“ noch **Parlamentarische Verhandlungen, Gemeinnütziges, Landwirthschaftliches, Marktberichte, Standesamt-nachrichten, Fahrplan, Ortskalender, Kirchennachrichten, Erzählungen** zc., und was dem Leser vielleicht als das Wichtigste erscheint, **sämmtliche amtlichen Bekanntmachungen des hiesigen Stadtraths sowohl wie des hiesigen Gerichtsamts.**

Eine vollständig neue Einrichtung hat die unterzeichnete Redaction dahin getroffen, daß sie vom neuen Quartal an dem „Waldenburger Anzeiger“ eine **Sonntagszugabe** unter dem Titel „**Der Erzähler**“ beilegen und denselben derartig einrichten wird, daß er zusammengelegt die Form und Größe eines Buches erhält. Der Leser bekommt also für 1 Mark vierteljährlich nicht nur ein politisches und lokales Blatt, das ihn auf diesen Gebieten vollständig auf dem Laufenden hält, sondern auch noch ein Werk von 416 Seiten jährlich, das ihm die gediegensten Erzählungen und ähnlichen Unterhaltungsstoff bietet.

Einen besonderen meist launigen Theil findet der Leser schließlich noch in der **Unpolitischen Plauderecke**, die allsonnabendlich erscheint und die bisher mit ungetheiltem Beifall aufgenommen worden ist. Es sind dies kleine Skizzen, kurze Erzählungen oder Spiegelbilder der vorherrschenden Tagesstimmung zc.

Die unterzeichnete Redaction und Expedition hofft somit, Alles aufgeboten zu haben, um den Anforderungen und Bedürfnissen des Zeitung lesenden Publikums gerecht zu werden und erwartet in Folge dessen eine recht zahlreiche Betheiligung am neuen Abonnement.

Ergeben st

Redaction und Expedition des „Waldenburger Anzeigers“.
Waldenburg, Obergasse 41.

Die den 15. dieses Monats fällige **Gewerbe- und Personalsteuer** ist längstens bis zum 25. dieses Monats anher zu bezahlen.
Stadsteuer-Einnahme Waldenburg, am 11. September 1878.

Politische Rundschau.

*Waldenburg, 18. September 1878.

Daß das Socialistengesetz nicht die Wirkung haben kann, die man gemeinhin von ihm vermuthen zu müssen glaubt, nämlich eine nachdrückliche Bekämpfung der Socialdemokratie, welche Meinung auch wir in Nr. 29 d. Bl. vertraten, dies ist auch bei Eröffnung der Discussion im Reichstage über dieses Gesetz vom Grafen Stolberg ausdrücklich betont worden. Er sagt: „Ich möchte gleich der Annahme entgegenreten, daß die verbündeten Regierungen dabei von der Voraussetzung ausgehen, daß mit den vorgeschlagenen Maßregeln allen diesen Ausschreitungen mit Erfolg entgegenzutreten und sie ganz zu beseitigen seien. Nein, meine Herren, die schlimmste Arbeit wird auf einem andern Gebiete liegen. Es wird darauf ankommen, durch freie Vereinigungen, in Corporationen u. s. w. dahin zu wirken, daß Gottesfurcht, Treue, Fleiß, Zuverlässigkeit in Handel und Wandel wieder gekräftigt werde, daß die Verführungen der Socialdemokratie auf diesem Boden nicht mehr so festen Boden gewinnen, daß die Truggebilde, die in den socialdemokratischen Theorien liegen, in der arbeitenden Bevölkerung keinen Anhang finden.“ Oppositionelle Geister werden sagen: dazu brauchen wir kein Ausnahmegesetz, ganz dasselbe kann ohne ein solches gethan werden u. dergl. Wir müssen dem entgegen aber doch bei der Behauptung bleiben, daß das Socialistengesetz eine weitere Ausbreitung der Socialdemokratie hindern soll und hindern wird, daß schon jetzt einzelne socialistische Organe einzulenkten suchen und um Vieles gemäßigter auftreten, daß sie die Aufheterei der Klassen gegen einander unterlassen und dadurch vielleicht selbst dazu beitragen, daß die Socialdemokraten curirt werden. Wenn ferner behauptet wird, geistige

Bewegungen lassen sich nicht durch Gewalt verhindern, so müssen wir dem wiederum entgegenhalten, daß viele geistige Bewegungen, so namentlich religiöse, durch Gewalt eingeführt und ansgerrötet worden sind, wobei wir jedoch zugeben, daß geistige Bewegungen, die auf ungewissen Wahrheiten beruhen, nicht zurückgedrängt werden können. So war z. B. der Geist der modernen Weltanschauung, der durch die bedeutenden Entdeckungen auf astronomischem Gebiet hervorgerufen wurde, selbst durch die schärfsten Gewaltmittel, welche die römische Curie dagegen ergreifen ließ, nicht zu bekämpfen. Aber die Lehre von dem gesegneten Schlaraffenlande des socialistischen Staates ist gar keine geistige Bewegung, sondern eine fixe Idee, die in Wirklichkeit nicht durchführbar ist, und darum glauben wir, daß einmal durch strenge Gesetze, zum andern durch unausgesetzte Thätigkeit der Presse sowohl wie von Vereinen und sonstigen Corporationen die Socialdemokratie in einigen Jahrzehnten wieder aus der Welt geschafft sein wird.

Fürst Bismarck ist am 16. d. Mittags auf dem Anhalter Bahnhof aus Gastein wieder in Berlin eingetroffen. Auf dem Bahnhofe in München, auf welchem der Reichskanzler am Sonntag Abend 6 $\frac{1}{2}$ Uhr eintraf, wurde derselbe vom bairischen Ministerpräsidenten v. Pfretzschner, in Leipzig, wo er am 19. früh in der neunten Stunde eintraf, von Oberbürgermeister Dr. Georgi, der sich in den Solonwagen des Fürsten begab, begrüßt.

Bei der gestrigen Fortsetzung der ersten Lesung des Socialistengesetzes beabsichtigte der erste Industrielle Elsaß-Lothringens, der Abg. Jean Dolfuß aus Mühlhausen, das Wort zu nehmen, um darauf hinzuweisen, daß die Arbeitgeber in Deutschland zu wenig humanitäre Bestrebungen unterstützen und sich auch nicht in vollem Maße

um das Loos ihrer Arbeiter bekümmern. In Elsaß-Lothringen, wo diese Bestrebungen in ausserordentlichem Maße von den Fabrikanten gefördert worden, gebe es notorisch keine Socialdemokraten. Außerdem habe die französische Regierung nicht unbeträchtliche Summen zum Bau von Arbeiterwohnungen zc. hergegeben; Herr Dolfuß selbst hat große Arbeiterquartiere aus eigenen Mitteln gebaut, und so in dem industriereichsten Theile der Reichslande ein dauernd gutes Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hergestellt.

Die Verhandlungen zwischen Berlin und Rom werden dem „Frkf. Z.“ zufolge noch immer gepflogen. Fürst Bismarck habe dem Nuntius Masella in Riffingen genau die Punkte bezeichnet, welche die deutsche Regierung als leitende betrachte und von denen sie unter keiner Bedingung abgehen werde. Die Entscheidung hierüber läge jetzt dem Vatican ob. Bis zu einer solchen dürfte allerdings nichts weiter über diese Verhandlungen in die Deffentlichkeit dringen. Hieraus ergibt sich schon von selbst, daß dieselben durchaus nicht erfolglos verlaufen sind und jeden Augenblick fortgesetzt werden können.

Die socialdemokratische „Berl. Fr. Pr.“ ist, wie sie sagt, durch eine anonyme Zuschrift davon benachrichtigt worden, daß Berliner wie auswärtige Socialdemokraten mit dem Plane umgingen, nach Annahme des Ausnahmegesetzes eine regelrechte Steuerverweigerung in Scene zu setzen. Ein jeder werde die Zahlung der Steuern verweigern und es zur Auspändung kommen lassen. Wenn in Berlin bei so vielen Bürgern die Execution einträte, so würde die Zahl der Executores, der Versteigerungskommissare nicht ausreichen, um im Laufe eines Jahres die Pfandobjecte in Geld umsetzen zu können. Zudem würden die vorhandenen Magazine nicht ausreichen, all das Gerümpel zu bergen. Die Anhänger